

# Laale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

№. 433.

Halle, Freitag, den 16. September 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

**Bezugspreise:**  
für Halle monatlich bei zweimaliger  
Ausstellung 7.50 Mark, vierteljährlich  
22.50 Mk., durch die Post monatlich  
8.25 Mk., vierteljährlich 24.75 Mk.,  
jährlich 90.00 Mk. Zustellungsgebühren.  
Bestellungen werden von allen Zeitungs-  
postämtern angenommen. Im  
amtlich, Zeitungsverzeichnis unter  
Laale-Zeitung eingetragen. Für  
unverlangt eingegangene Manu-  
skripte wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Quellenangabe, Laale-Zeitung ge-  
stattet. Ferner der Geschäftsleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1103  
u. 1153, der Bezugs-Abteilung Nr. 1155.

**Anzeigenpreise:**  
Die 8 Spalten 34 mm breite Milli-  
meterzeile oder deren Raum 400 Pfg.,  
sonstige Anzeigen 40 Pfg., Raum  
die 92 mm breite Millimeterzeile  
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche  
Anzeigenstellen. Erschließungs-  
gebühren: 50 Pfg. Ersteintritt täglich 2 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Schreibleitung und Haupt-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Neue Prome-  
nade 19. Dr. Braunhauser, 17.  
Leben-Geschäftsstellen: Große  
Mühlstraße 52 und Markt 24.  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 228 15.

## Polnische Wirren.

Die unmögliche Behandlung der ober-schlesischen Frage durch Entente und Völkerbundsrat, die Ermordung Erzberger mit ihren gefährlichen politischen Folgerungen und der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern haben die öffentliche Aufmerksamkeit mehr als gut ist von den Ereignissen abgezogen, die sich im Ausland in unserer unmittelbaren Nachbarschaft abspielen. Vor allem verdient die neueste Entwicklung der Verhältnisse in Polen unsere Beachtung. Die Bedeutung, die das polnische Staatswesen durch seine geographische Lage und durch die französische Unterthürung andauernd für Deutschlands Wiederaufbau besitzt, macht es notwendig, die Ereignisse nicht aus den Augen zu verlieren, die sich dort abspielen.

Polen ist gegenwärtig ohne Regierung. Das Kabinett Witos ist vor kurzem zurückgetreten, nachdem der Finanzminister Steczkowski auf seiner schon wiederholt eingereichten Demission endgültig bestanden hat. Der Rücktritt der Regierung ist durch die verwirrten innerpolitischen Verhältnisse und durch die unerhörte ungünstige Finanzlage der polnischen Republik verursacht. Das Kabinett Witos mußte sich, da die nationaldemokratischen Rechtsparteien ebenso wie die sozialistischen Linksparteien von der Regierung sich fernhielten, auf eine Koalition der Mittelparteien stützen, die nur eine schwache zahlenmäßige Mehrheit boten und dabei noch in grundlegenden innerpolitischen Fragen nicht einig waren. Mit dem Rücktritt des Finanzministers, der aus Verzweiflung über die Unmöglichkeit, Ordnung in die völlig zerstückelten polnischen Finanzverhältnisse zu bringen, ging, war auch für die Gesamtregierung der lange gestreckte und von Witos immer hinausgeschobene Augenblick gekommen, daß sie mit dem Parlament nicht mehr zusammenarbeiten konnte. Die Demission war daher unvermeidlich geworden.

Die Neubildung der polnischen Regierung begegnet nun den größten Schwierigkeiten. Die ungläubliche Zerissenheit des polnischen Parteiwesens in Polen und das Fehlen einer großen führenden Partei, sowie das lebensschwierige Parteigegensatz verhindern andererseits jede vernünftige Regierungsbildung. Die Erfolglosigkeit aller bisherigen Bestrebungen, zur Ordnung und zum gefunden Aufbau des Staatswesens zu gelangen, haben eine allgemeine Mißstimmung und Skepsis vor der Regierungserantwortung erzeugt. Es ist schon soweit gekommen, daß die Wähler der verschiedenen Parteien ernsthaft nicht bloß von einer Regierungskrise, sondern schon von einer Staatskrise reden. Einzelne rufen bereits laut nach Wiedereinführung der Republik und Einsetzung eines Königs. Der Übergang zur Monarchie bedeutet, so führen sie aus, gegenwärtig kein kriegerisches Symbol mehr, nach dem ja auch die republikanische Verfassung Polen nicht vor dem Vorwurf des Imperialismus und der Unversuchtheit zu schützen vermocht hat. Das Bestreben ist wahrhaftig wahr und richtig. Die polnische Großmannschucht, die im Blute zu liegen scheint, und schon in der Vergangenheit das Unglück der Polen war, hat sich auch in seiner neuesten Geschichte wieder nach allen Seiten ausgetobt. Dänkel in aller Welt, Krieg mit Sowjetrußland und den Randstaaten, Bergewaltigung Ober-schlesiens und unzulässige Vertragsbrüche gegenüber Deutschland: das sind die hauptsächlichsten Verwäleten der Politik des republikanischen P. Leucisz. Dazu noch im Innern der alte polnische Geist der Unordnung und Untätigkeit, der Wirksamkeit und Pünktlichkeit: — das alles mußte das neue Staatswesen zermalmen in dem Abgrund der politischen und wirtschaftlichen Verzweiflung bringen, an dem es gegenwärtig steht.

Auf das Zurückinander der Vorschläge eingegangen, die jetzt gemacht werden, um eine neue polnische Regierung zu bilden, verhält sich nicht. Höchstens kann man hoffen, davon nehmen, daß unter den neuen Männern, die der Sejmarschall v. Trampczynski zu gewinnen sucht, neuerdings auch der Abenteuerer Korsantj genannt wird. Nichts wäre bezeichnender für den Tiefstand der politischen Verhältnisse Polens, als wenn wirklich dieser in der ganzen Welt berühmte nationale Heldengepöpel Winterpräsident von Polen würde. Uns Deutsche interessiert bei dem allen nur zweierlei: einmal kann es uns nicht gleichgültig bleiben, wie sich die Verhältnisse in unserer unmittelbaren Nachbarschaft demnach gestalten werden. Für uns bedeutet schon ein ruhiges Polen eine fähige Bedrohung; ein total verirrtes, womöglich in Revolution und Aufruhr verfallendes Polenreich würde nur eine Steigerung der östlichen Gefahr für uns sein. Zum andern aber verdienen die polnischen Wirren die größte Aufmerksamkeit unserer deutschen Volksgenossen in Ober-schlesien. Sie müssen alles aufwenden, um den ober-schlesischen Polen die Aufräuber zu schützen, wie sie tatsächlich sind. Schon jetzt nimmt in den Kreisen Poles und Kabinett die Meinung der polnischen Arbeiter zum Anschlag an Barschau fähig ab. Es waren dabei aber bisher nur wirtschaftliche Erwägungen maßgebend. Kommen jetzt auch noch politische

Gesichtspunkte dazu, so dürfte der politischen Agitation in Ober-schlesien das Wasser immer stärker abgegraben werden.

## Stechbriefe im Ausland gegen die Mörder Erzbergers.

Die schweizerischen und italienischen Behörden erhielten von den deutschen Gerichtsbehörden dringende Stechbriefe gegen die Mörder Erzbergers. Im Falle einer Verhaftung der nach der Schweiz oder Italien entkommenen Mörder wird die deutsche Reichsregierung sofort ein Auslieferungsgesuchen wegen Mordes stellen.

Die „Schlesische Zeitung“ meldet, daß der Privatdozent Hüge, nachdem er dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden war, wieder freigelassen wurde.

## Der Schlupfwinkel der Reaktionsäre.

Im Ueberwachungsausschuh des Reichstages berichtigte Reichsanwalt Dr. Wirth, der bayerische Gesandte habe ihm mitgeteilt, daß das zuerst amtierende Gesandtschaftsministerium sich auferndete sehr, gegenwärtig mit Berlin weitere Verhandlungen zu führen.

Abg. Müller-Frankent (Sps.) wies darauf hin, daß die zehn in München erfolgten Verhaftungen beweisen hätten, in welchem engem Zusammenhang die Angehörigen der Eghardt-Brigade zu dem Mord an Erzberger stünden. Im übrigen habe er bestimmte Nachrichten, daß der Hofprokurator Eghardt in der näheren Umgebung des Münchener Polizeipräsidenten Pöhner gesehen worden sei.

Hierauf verlas der Reichsanwalt ein Schreiben des Staatskommissars für öffentliche Ordnung Dr. Weismann vom 14. September 1921, in dem es heißt: Seitens des Oberreichsanwalts sind in dem Hofprokuratorienverfahren gegen den Oberst Bauer, Major Pabst und Korvettenkapitän Eghardt Sachverhalte und Geschehnisse erläutert worden. Alle Vermutungen, der Verhaftung behaftet zu werden, sind insoweit festgestellt. Bereits im Sommer 1920 wurde mir ebenfalls mitgeteilt, daß sich die genannten Rapp-Putschführer zu nicht in Bayern aufhalten. Bei der Bedeutung dieser Mitteilung und in Erkenntnis der bereits damals bestehenden Schwierigkeiten des offiziellen Verkehrs mit den zuständigen bayerischen Behörden habe ich zwei Arminianer mit dem Auftrag nach Bayern geschickt, die Möglichkeit dieser Mitteilung nachzuprüfen. Diese Beamten sind nach einigen Tagen zurückgekehrt, ohne ihren Auftrag vollständig ausführen zu können. Die Beamten haben mir berichtet, daß sich die gesuchten Personen in der Nähe Münchens verhalten aufhalten sollten, wo sie von Herren ihrer Gefolgschaft, zum Teil sogar von aktiven bayerischen Volksgenossen durch scharfe Bedrohung geschützt werden. Es ist so gut wie unmöglich, sich in ihren Schlupfwinkel einzufinden, weil jeder, der sich nähert, mit Feuer empfangen würde. Ich habe abscheulich erneuert verurteilt, auf vertraulichem Wege Näheres zu erfahren. Darauf ist mir vor kürzere Zeit wiederholt zuverlässig mitgeteilt worden, daß nach wie vor Kapitän Eghardt und auch die bekannten anderen Rapp-Putschführer sich in der Umgebung Münchens aufhalten. Kapitän Eghardt geht im Polizeipräsidium ein und aus. Desgleichen steht er im Verkehr mit dem vor einigen Tagen zurückgetretenen Justizminister Roth. Der Oberst Bauer soll nach der gleichen Quelle jetzt in Bubapest wohnen, auch er ist aber in letzter Zeit wiederholt in München gesehen und dort mit Eghardt zusammengekommen.

## Die sächsischen Demokraten und der Ausnahmezustand.

Der Landesvorstand und die Landtagsaktion der Deutschen demokratischen Partei des Freistaates Sachsen haben in einer gemeinschaftlichen Tagung in Dresden die politische Lage erörtert und in einer Entschließung die aus maßloser nationalistischer Beise gegen die Republik und die Demokratie herausgehobene Morbidität von Griesbach verurteilt. Die Entschlossenheit der Reichsregierung zum Kampfe gegen alle gegen den Bestand der deutschen Republik und des Deutschen Reiches gerichtete Bestrebungen wird mit Genugtuung begrüßt und erwartet, daß sie von ihren Mitteln vollen Gebrauch machen. Dagegen wird eine Ueber-spannung der Ausnahmeregen, wie sie in der Verordnung der sächsischen Regierung zu erkennen ist, und eine einseitige Handhabung abgelehnt. Die Verammlung, die unter Vorsitz des Reichstagsabg. Dr. Kils tätig, beschlossene sich ferner mit dem von sozialdemokratischer Seite ausgehenden Entwurf zu einer neuen Gemeindeordnung und Steuerordnung für Sachsen, deren Beratung im Landtage zu einer äußerst gekonnten Lage geführt hat. In der Verammlung herrschte volle Einmütigkeit über die grundsätzliche und tatsächliche Stellungnahme der Partei zu diesen Fragen.

## Deutsche Oberschlesier zur Zwangsarbeit in Belgien verurteilt.

Von der französischen Militär, die die ober-schlesische Bevölkerung zur Zwangsarbeit kennen gelernt hat, sprechen die Aussagen, die zwei aus französischer Gefangenschaft entlassene Ortswehrangehörige am 5. d. Mts. an Eisenstadt machten, eine laute, flammende Sprache.

Am 29. Juli d. J. nahmen die beiden an einer 18 Mann starken, von einem Leutnant und einem Leutnant geführten Patrouille teil, die den Auftrag hatte, bewaffnete Infanteristen, die die Gegend beunruhigten, zu vertreiben. Die Patrouille ging von ihrem Standort Kraffowa, Kreis

Groß-Strehlitz, in der Richtung Lentau-Althammer, Kreis Kofel. Das Dorf Althammer war bereits von französischer Kavallerie, Infanterie sowie Infanteristen in französischer Uniform umstellt. Infolge Betrugs geriet die ganze Patrouille, die sich vorher in kleinere Patrouillen geteilt hatte, in französische Gefangenschaft.

Polen in französischer Uniform mit Handeltaren die Gefangenen sofort mit Fesseln und Gewehrholzen und transportierten sie nach Groß-Strehlitz, wo die Leute im Zustuhfen in Einzelzellen gesperrt wurden. Barschaft, Verpflegung und Papiere wurden ihm fortgenommen. Die Festnahme erfolgte gegen 3 Uhr morgens, und den ganzen Tag über gab es keinerlei Verpflegung.

Sie wurden dann einzeln fünfmal verhört und jedesmal mit Erschießen oder Prügel bedroht, falls sie die Aussagen verweigerten. Die Polen, darunter auch Polen in französischer Uniform, ließen sie bei jeder Gelegenheit mit dem Gemeinverstand. Nach achtstündiger Qualen: half im Zustuhfen wurden die Gefangenen mit Schlaufen nach Gleichig transportiert und dort gemeinsam mit Infanteristen in der Infanteriekaserne eingesperrt.

Nach drei Tagen wurde einer (wie es den anderen er-gangen ist, konnte er nicht angeben) vor ein Kriegsgericht geführt, das aus vier französischen Offizieren und einem Herrn in Zivil bestand, und wegen Zugehörigkeit zum Selbst-tötung zu einem halben Jahre Zwangsarbeit in Belgien verurteilt. Zwei wurden ihm gelassen, er sollte er-lähnt oder erschossen werden. Auch nach seiner Verurteilung unterzogen er einen Hungerstreik, dieser miß-lungen aber. In Doylen wurde er nun bei Franzosen gefest nach Gleichig zurücktransportiert und drei Tage lang unter dauernden Mißhandlungen in Einzelhaft gehalten. In der Nacht vom 29. zum 30. August unternahm er mit drei Kameraden einen zweiten Hungerstreik, schied an dem folgenden französischen Posten vorbei und gelangte nach entzerrnderer Nachtwanderung glücklich in die Freiheit. Zehn Kameraden, unter ihnen die beiden Offiziere, sind immer noch in Gefangenschaft und die suchtbaren Ent-ziehungen und Mißhandlungen ausgesetzt. Die anderen sind weggeschafft worden oder entwichen.

## Verfärkung der ober-schlesischen Gefangenen.

Gestern morgen ist der erste Transport italienischer Truppen zur Verfrächtung der bisherigen Befassung in Toppeln eingetroffen. Die Engländer besetzen gestern abend Lipine. Die Befestigung weiterer Orte soll erfolgen.

Die Verhandlungen über die Lohnveränderung in der ober-schlesischen Großindustrie haben zu einer Einigung geführt. Die neuen Lohnsätze gelten ab 1. September.

## Warum keine Aufhebung der Sanktionen?

Die Willkür der Franzosen.

Nach der letzten Mitteilung des Obersten Rates vom 14. August war die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen für den 15. September 1921 ins Auge gefaßt, wenn bis zum 31. August die fällige Goldmilliarde bezahlt ist und wenn die deutsche Regierung ihre Einwilligung zur Schaffung eines internationalen Organs zur Vermeidung von Dis-kriminationen bei Verteilung von Ausfuhr- und Einfuhr-genehmigungen für das besetzte Gebiet erteilt hätte.

Die deutsche Regierung hat die fällige Zahlung geleistet und ihre grundsätzliche Einwilligung zur Schaffung eines internationalen Organs zur Vermeidung von Diskriminationen in ihrer Note vom 26. August ausgesprochen. Eine Antwort ist bis hierher darauf nicht erteilt worden. Die schweren wirtschaftlichen Folgen, die das Wirtschaftslieben nicht nur des besetzten Gebietes, sondern ganz Deutschlands durch das Fehlen der von den Alliierten durch ihre An-forderungen erzwungenen Hoffnung erleidet, können nicht der deutschen Regierung zur Last gelegt werden, sondern müssen von den alliierten Regierungen verantwortet werden.

## Die Besatzungsbehörden dulden keinen Streik in lebenswichtigen Betrieben.

Der kommandierende General der Besatzungs-arme e D u s b u r g ließ den Arbeitnehmer-Gewerkschaften durch den Überbürgermeister von Duisburg folgendes Schreiben geben:

Es ist mir bekannt geworden, daß gewisse Arbeitergruppen die Absicht ausgesprochen haben, drei ihrer Fabriken anläßlich der Reanstellung von Arbeitern mehr Nachdruck zu verleißen. Die Besatzungsbehörde hat nichts dagegen einzuwenden, daß die Arbeiter alle die ihnen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel anwenden, um eine Besserung ihres Lohnes herbeizuführen. Andererseits besteht sie aber darauf, daß die Anordnungen, die sie bezüglich gewerblicher Streiktätigkeiten getroffen hat, unter allen Umständen beachtet werden. Ein Streik der öffentlichen Werke oder der ihnen ange-schlossenen Betriebe, selbst wenn er nur einige Stunden dauern sollte, wird nicht geduldet werden. Wenn zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern eine Einigung nicht zustande kommen sollte, so haben sich die Parteien an die in der Verordnung vom 24. August näher bezeichneten Schlichtungsorganen zu wenden. Ich bitte, Fortschreiten zur Kenntnis der ver-richteten Gewerkschaften und Arbeitervereinigungen zu bringen. Es sei nochmals daran zu erinnern, daß jede Widerstandshandlung mit strengen Strafen geahndet wird.





